

# Wie Medien Gewalt an Frauen (un)sichtbar machen

Österreich steht seit Jahren im Fokus, wenn es um Gewalt gegen Frauen und insbesondere um Femizide geht. Der neue Nationale Aktionsplan der Bundesregierung soll das Problem nun gesamtgesellschaftlich sowie strukturell angehen. HORIZONT hat mit Expertinnen darüber gesprochen, welche Verantwortung Medien in diesem Prozess tragen.

Bericht von **Denise Samer**

Österreich, das Land der Femizide. Im europäischen Vergleich zählt die Alpenrepublik zu den Ländern mit der höchsten Rate an Frauenmorden. 2024 wurden hierzulande 27 Femizide verübt und 41 Mordversuche begangen, in diesem Jahr stehen wir aktuell bereits bei sieben Frauenmorden. Jede dritte Frau ist oder war von Gewalt betroffen – meist durch einen (Ex-)Partner oder Mann aus dem sozialen Nahraum. Viel zu oft sorgen neue Fälle für Schlagzeilen, die öffentliche Debatte emotional und polarisiert, nicht zuletzt durch die Berichterstattung in klassischen Medien und die Dynamik in sozialen Netzwerken. Gleichzeitig ist die Art und Weise, wie über Gewalt an Frauen berichtet wird, selbst Teil des Problems. Sensationalisierung, Täter-Opfer-Umkehr, stereotype Sprache und fehlende Kontextualisierung prägen viele Beiträge. In Kommentarspalten der Medienhäuser sowie auf Social Media entlädt sich zusätzlich Hass, Victim Blaming und Desinformation.

Mit dem neuen Nationalen Aktionsplan gegen Gewalt an Frauen (NAP) will die österreichische Bundesregierung einen Paradigmenwechsel einleiten. Der Plan sieht umfassende Maßnahmen vor – von rechtlichen Verschärfungen wie dem „Dick-Pic-Paragrafen“ über Präventionsprojekte bis zu mehr Schutz und Unterstützung für Betroffene. Doch wie viel Veränderung kann ein solcher Plan bewirken? Und welche Rolle spielen Medien und digitale Kommunikation bei der Umsetzung und der gesellschaftlichen Verankerung?

## Sprache und Bild

Die Art und Weise, wie Medien über Femizide und Gewalt an Frauen berichten, hat direkte Auswirkungen auf gesellschaftliche Wahrnehmung und auf Betroffene selbst. Jenny-Kerstin Bauer vom Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen betont, dass Sprache niemals verharmlosend dürfe. Begriffe wie „Familiendrama“ oder „Eifersuchtstat“ würden das Problem privatisieren und bagatellisieren, statt es als strukturelle Gewalt

zu benennen. Stattdessen solle klar von „Frauenmord“, „Femizid“ oder „Gewalt im sozialen Nahraum“ gesprochen werden. Auch die Bildauswahl sei entscheidend: Klischeehafte Darstellungen – dunkle Gassen, Messer, Schatten – verzerren die Realität, denn die meisten Übergriffe geschehen im privaten Umfeld. „Es braucht Bilder, die Frauen realitätsnah und würdevoll zeigen, und solche, die Hilfe und Handlungsmöglichkeiten abbilden, statt Passivität zu suggerieren“, so Bauer.

Ein weiterer zentraler Punkt ist die konsequente Nennung von Unterstützungsangeboten. Jede Berichterstattung sollte Hinweise auf Beratungsstellen und Hotlines, wie zum Beispiel die Frauenhelpline 0800 222 555, enthalten – das kann, wie Bauer berichtet, die Hemmschwelle für Betroffene senken, sich Hilfe zu suchen.



Jenny-Kerstin Bauer, stv. Geschäftsleitung Netzwerk österreichischer Frauen- und Mädchenberatungsstellen, gibt Seminare zum Thema „Digitale Gewalt gegen Frauen“. © Bettina Frenzel



Im April 2024 hat Julia Brož die Geschäftsführung des Vereins Wiener Frauenhäuser übernommen. Die ausgebildete Sozialarbeiterin ist dort seit acht Jahren tätig. © Andrea Sojka



Mercedes Haindl ist klinische Psychologin sowie Rechtspsychologin für die österreichische Justiz und betreibt eine eigene Praxis in Villach. © Bianca Jekobic



Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung steigern.“ Stattdessen brauche es eine sachliche, differenzierte und empathische Berichterstattung, die die Komplexität von Gewaltbeziehungen abbildet, ohne zu stigmatisieren oder zu verallgemeinern.

Die klinische und Rechtspsychologin betont zudem, dass Gewalt oft nicht erst mit körperlichen Übergriffen beginnt, sondern bereits auf psychischer und emotionaler Ebene – ein Bereich, der schwer zu erkennen und noch schwerer zu beweisen ist. Hier seien Medien wie Justiz gleichermaßen gefordert, sensibel und informiert zu agieren.

## Finanzielle Absicherung

Der Nationale Aktionsplan setzt auf einen umfassenden Ansatz: Prävention, Opferschutz und Täterarbeit. Julia Brož, Geschäftsführerin der Wiener Frauenhäuser, begrüßt insbesondere, dass Gewalt als Querschnittsmaterie verstanden wird und alle Ressorts sowie gesellschaftlichen Ebenen einbezogen. Besonders relevant für die Praxis sei, dass Frauen rasch und niederschwellig Unterstützung erhalten – unabhängig von finanziellen oder aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen. Brož sieht dringenden Verbesserungsbedarf bei der existenziellen Absicherung von Betroffenen und bei der Sensibilisierung von Richter:innen für geschlechtsspezifische Gewalt. „Ökonomische Abhängigkeit ist ein zentraler Risikofaktor. Nur wenn Frauen finanziell abgesichert sind, können sie sich aus Gewaltbeziehungen lösen“, so Brož. Ein weiterer wichtiger Aspekt sei die Reform des Obsorgerechts: Frauen dürften nicht gezwungen sein, weiterhin mit dem Täter die Obsorge auszuüben oder über das Kontaktrecht unter Druck gesetzt zu werden.

## Die Macht der Medien

Alle drei Expertinnen sind sich einig: Medien tragen eine enorme Verant-

wortung. Sie können Gewalt sichtbar machen, zur Enttabuisierung beitragen und Betroffene ermutigen, sich Hilfe zu suchen, und aber können sie durch unsensible Berichterstattung retraumatisieren, Mythen verstärken und Täter-Narrative reproduzieren. Bauer beobachtet, dass insbesondere in Kommentarspalten und auf Social Media frauenfeindliche Narrative, Rassismus und Victim Blaming grassieren. Redaktionen müssten hier aktiver werden: Moderation, klare Netiquette (Benimmregeln im Internet) und faktenbasierte Begleitbeiträge seien unerlässlich. Haindl ergänzt, dass Interviews mit Betroffenen nur unter klaren, sicheren Bedingungen geführt werden sollten, um Retraumatisierung zu vermeiden. Die Kontrolle über den Inhalt müsse bei den Betroffenen selbst liegen.

„Rollenbilder und Geschlechterklischees sind Teil und Ausdruck immer noch bestehender Geschlechterungleichheit, und diese ist die Grundlage für männliche Gewalt an Frauen. Die bestehenden Männlichkeitsbilder sind problematisch, weil sie Gewalt begünstigen. Daher ist es langfristig wirksame Gewaltprävention, wenn wir breit in der Gesellschaft am Aufbrechen dieser Geschlechterrollen arbeiten“, fügt Brož hinzu. Und das schließe Medien genauso mit ein.

Der neue Aktionsplan ist ein wichtiger Schritt, doch seine Wirksamkeit wird sich erst in der Praxis zeigen. Entscheidend wird sein, ob es gelingt, Gewalt gegen Frauen als strukturelles, gesamtgesellschaftliches Problem zu begreifen und entsprechend zu handeln. Medien spielen dabei eine Schlüsselrolle. Sie können zur Aufklärung und Prävention beitragen, aber auch zur Stigmatisierung und Verharmlosung. Der Wandel beginnt mit Sprache, Bildern und Haltung – und mit der Bereitschaft, zuzuhören, zu lernen und Verantwortung zu übernehmen.

## DAS STEHT IM NATIONALEN AKTIONSPLAN GEGEN GEWALT AN FRAUEN

Der NAP 2025-2029 bündelt Maßnahmen zur Prävention, zum Schutz von Betroffenen und zur Täterarbeit. Er enthält unter anderem:

- Den „Dick-Pic-Paragrafen“, der das unerwünschte Zusenden von Penisfotos unter Strafe stellt, um digitale sexuelle Belästigung gezielt zu bekämpfen
- Fußfesseln für Hochrisiko-Gewalttäter, Ausbau von Gewaltambulanzen, Präventionsprogramme für Jugendliche, Anti-Gewalt-Trainings und Schutzmaßnahmen im öffentlichen Raum
- Sensibilisierung und Fortbildung für Polizei, Justiz und Medien, um stereotype Darstellungen und Verharmlosungen zu vermeiden
- Überprüfung und Anpassung der Definition von Femizid, um die Sichtbarkeit und statistische Erfassung zu verbessern

ohne die systemischen Ursachen zu beleuchten. Bauer empfiehlt eine engere Zusammenarbeit mit Expertinnen und Beratungsstellen, um differenzierter berichten zu können und Betroffene nicht zu individualisieren oder mitverantwortlich zu machen.

## Komplexität abbilden

Auch auf gesetzlicher Ebene hat sich in den letzten Jahren einiges getan. Mercedes Haindl, klinische und rechtspsychologische Expertin, verweist auf die Bedeutung neuer Gesetze wie den kommenden „Dick-Pic-Paragrafen“ sowie das bereits 2021 in Kraft getretene Gesetzespaket zu „Hass im Netz“. Beide stellen unbefugte Bildaufnahmen unter Strafe. Haindl sieht darin einen wichtigen Schritt, um die Hemmschwelle für digitale Übergriffe zu erhöhen und Betroffene besser zu schützen. Doch sie warnt zugleich vor einer Überdramatisierung in der medialen Darstellung: „Reißerische Berichte oder Zahlen jenseits der Faktenlage können zu einer Überreizung führen und die